Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten nach Art. 12 bis 14 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit
Planung und Durchführung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum, an kommunalen Liegenschaften und Gewässern

2.1 Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen	**2.2 Name und Kontaktdaten des zuständigen Sachgebietes**
Stadt Neustadt in Sachsen **Bürgermeister** **Markt 1** **01844 Neustadt in Sachsen** Telefon: **+49(0) 3596 569 201** E-Mail: **stadtverwaltung@neustadt-sachsen.de**	**Stadt Neustadt in Sachsen** **Amt für Stadtentwicklung und Bauwesen** **Markt 1** **01844 Neustadt in Sachsen** Telefon: **+49(0) 3596 569 260** E-Mail: **bauamt@neustadt-sachsen.de**

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
Eva Grübel-Hoffmann externer DSB ITM Management & Consulting GmbH Bürgerstraße 81 01127 Dresden **datenschutz@itm-mc.de**

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck: *Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Planung, Vorbereitung, Durchführung, Überwachung, Dokumentation und Abrechnung kommunaler Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen, insbesondere im öffentlichen Verkehrsraum, an kommunalen Liegenschaften und an Gewässern in der Unterhaltungslast der Stadt Neustadt in Sachsen. Hierzu gehören insbesondere die Beteiligung betroffener Grundstückseigentümer, Nutzungsberechtigter, Anwohner und sonstiger Beteiligter, die Durchführung erforderlicher Anhörungs-, Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren sowie die Erfüllung der damit verbundenen gesetzlichen Aufgaben.*

Rechtsgrundlagen: Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 SächsDSDG und den für die jeweilige kommunale Bau- oder Unterhaltungsmaßnahme einschlägigen fachrechtlichen Vorschriften. Soweit die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, erfolgt sie auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit der jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschrift. Soweit personenbezogene Daten zur Durchführung oder Abwicklung eines Vertragsverhältnisses verarbeitet werden, erfolgt die Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger:in innerhalb der Organisation: Zugriff auf personenbezogene Daten erhalten ausschließlich diejenigen Beschäftigten und Organisationseinheiten der Stadt Neustadt in Sachsen, die diese zur Planung, Vorbereitung, Durchführung, Überwachung, Dokumentation oder Abrechnung der jeweiligen Bau- oder Unterhaltungsmaßnahme benötigen.

Auftragsverarbeiter: Soweit erforderlich, werden externe Dienstleister als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO eingesetzt, insbesondere für den Betrieb, die Wartung und den Support von IT-Systemen und Fachanwendungen.

Dritte: Eine Übermittlung personenbezogener Daten erfolgt nur, soweit dies zur Durchführung der Baumaßnahme oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften erforderlich ist. Empfänger können insbesondere sein:

- Ingenieur-, Planungs- und Vermessungsbüros,
- externe Gutachterinnen und Gutachter sowie Sachverständige,
- Bauunternehmen und ausführende Firmen,
- Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen,
- Straßenverkehrsbehörden,
- Landratsämter und sonstige Fachbehörden,
- Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer sowie deren Bevollmächtigte,
- Gerichte und sonstige öffentliche Stellen, soweit hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht.

Die Übermittlung erfolgt jeweils nur im erforderlichen Umfang und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

6. Herkunft und Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Herkunft der Daten

Die personenbezogenen Daten werden grundsätzlich bei den betroffenen Personen selbst erhoben. Darüber hinaus können Daten aus internen Fachverfahren der Stadtverwaltung sowie aus öffentlichen und nicht öffentlichen Quellen stammen, soweit dies für die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Baumaßnahmen erforderlich und rechtlich zulässig ist.

- Hierzu zählen insbesondere:
- Bürgerbüro bzw. Meldebehörde,
- Kämmerei,
- Hochbau- und Liegenschaftsamt,
- Grundbuchämter,
- Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssysteme (ALKIS),
- Vermessungsbehörden,
- Eigentümerinnen und Eigentümer sowie deren Bevollmächtigte,
- öffentliche Register und sonstige Behörden.

Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Im Rahmen der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen können insbesondere folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden:

- Stammdaten (z. B. Name, Vorname, Titel, Anrede),
- Kontaktdaten (z. B. Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse),
- Grundstücks- und Flurstücksdaten,
- Eigentümer- und Nutzerdaten,
- Daten von Bevollmächtigten und Vertretungsberechtigten,
- Daten zu Miet- und Nutzungsverhältnissen, soweit diese für die Durchführung der Maßnahme erforderlich sind,
- Korrespondenz- und Verfahrensdaten,
- Beteiligungs- und Anhörungsdaten,
- sonstige Daten, die im Zusammenhang mit der Planung, Durchführung oder Abrechnung einer Baumaßnahme erforderlich sind.
- Art und Umfang der verarbeiteten Daten richten sich nach der jeweiligen Baumaßnahme sowie den hierfür geltenden gesetzlichen Anforderungen.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland/eine internationale Organisation übermittelt.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies für die Planung, Vorbereitung, Durchführung, Dokumentation und Abrechnung der jeweiligen Baumaßnahme sowie zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben erforderlich ist.

Die Speicherdauer richtet sich insbesondere nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, den kommunalen Akten- und Aufbewahrungsregelungen, haushalts- und vergaberechtlichen Vorgaben sowie den einschlägigen archivrechtlichen Bestimmungen.

Unterlagen zu Baumaßnahmen, insbesondere Planungs-, Genehmigungs-, Abrechnungs- und Dokumentationsunterlagen, können aufgrund gesetzlicher Nachweis- und Dokumentationspflichten über einen längeren Zeitraum aufbewahrt werden.

Nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfristen werden die Unterlagen gemäß den Vorgaben des Sächsischen Archivgesetzes (SächsArchivG) dem zuständigen Archiv zur Bewertung und gegebenenfalls Übernahme angeboten. Sofern keine Archivierungspflicht besteht, werden die personenbezogenen Daten datenschutzgerecht gelöscht oder vernichtet.

Eine längere Speicherung erfolgt nur, soweit hierfür eine gesetzliche Verpflichtung besteht oder die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

9. Betroffenenrechte

Betroffene Personen haben nach Maßgabe der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO): Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und in welchem Umfang personenbezogene Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden.
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO): Sie haben das Recht, die Berichtigung unrichtiger sowie die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO): Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO): Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO): Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung dieser Daten an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen. Dieses Recht besteht insbesondere nur bei einer automatisierten Verarbeitung, die auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht.
- Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO): Soweit die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO beruht, haben Sie unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen.

Für das Recht auf Löschung und Einschränkung der Verarbeitung gelten insbesondere die Maßgaben des § 7 SächsDSDG; für das Auskunftsrecht gelten die Einschränkungen des § 9 SächsDSDG. Die Informationspflichten können unter den Voraussetzungen des § 8 SächsDSDG eingeschränkt sein.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder andere datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Sächsischer Datenschutz- und Transparenzbeauftragter

Devrientstraße 5

01067 Dresden

Internet: www.datenschutz.sachsen.de

10. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt nicht auf Grundlage einer Einwilligung, sondern aufgrund gesetzlicher Vorschriften, zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder – soweit einschlägig – zur Durchführung von Vertragsverhältnissen. Ein Widerrufsrecht nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO besteht daher nicht.

11. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Eine allgemeine Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten besteht nicht. Soweit personenbezogene Daten im Rahmen eines gesetzlich vorgesehenen Verwaltungs-, Beteiligungs-, Anhörungs-, Entschädigungs- oder sonstigen Fachverfahrens benötigt werden, kann sich eine Bereitstellungspflicht aus den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften ergeben. Bei Vertragsverhältnissen kann die Bereitstellung bestimmter Daten für den Abschluss oder die Durchführung des Vertrags erforderlich sein. Ohne erforderliche Angaben kann das jeweilige Verfahren oder Vertragsverhältnis gegebenenfalls nicht oder nur eingeschränkt durchgeführt werden.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO findet im Rahmen dieser Verarbeitungstätigkeit nicht statt.